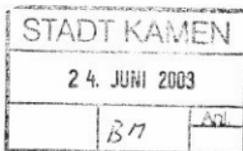


Bündnis 90 / Die Grünen Kamen - Rathausplatz 1 - 59174 Kamen

Herrn Bürgermeister
Manfred Erdtmann



Fraktionsbüro :

Rathausplatz 1

59174 Kamen

Zimmer P4

☎ 02307 / 148 - 125

☎ 02307 / 148 - 118

b90gruene.kamen@cityweb.de

Bürozeiten :

mo. 10 - 13 Uhr

fr. 10 - 12 Uhr

24.06.2003

Wir bitten Sie, folgenden Antrag unserer Fraktion im Gleichstellungsbeirat am 9.7.2003 auf die Tagesordnung zu setzen:

Zuschusserhalt zur Finanzierung der Kommunalstelle zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit (KFF)

Der Gleichstellungsbeirat spricht sich für den Erhalt der Kommunalstelle zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit aus und empfiehlt Rat und Hauptausschuß, ebenso zu beschließen. Die Verwaltung wird beauftragt, den veranschlagten "Kostenanteil an der KFF" (UA/Hhst:020/56210) auf 16 000 € reduziert auch für die Folgejahre zur Verfügung zu stellen, die im Haushaltssicherungskonzept geplante Einsparung wird somit nicht voll erfolgen.

Begründung:

Die KFF wird nicht durch ein Hartz-Innovationsmodul zu ersetzen sein.

Alle bisherigen Ausführungen zum kommenden und zum Teil schon ausgeführten Hartz-Modulen beinhalten die Zusammenarbeit mit kommunalen Institutionen.

Gerade für Frauen stellt auch nach den Ausführungen des Arbeitsamtes in der letzten Gleichstellungsbeiratssitzung das Hartz-Konzept in vielen Bereichen eine Benachteiligung dar.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bilanziert hier gemeinsam mit der KFF wie folgt:

Die Risiken der Beschäftigungskrise tragen Arbeitslose, geringfügig Beschäftigte, die diskontinuierlich Beschäftigten, die Sozialhilfeempfängerinnen - d.h. überproportional Frauen. Entscheidendes Problem ist die negative Arbeitsmarktbilanz, die einen Fehlbedarf von 6 Millionen Stellen ausweist.

Die Vorschläge von Hartz zielen darauf ab, die Übergänge von Arbeitslosigkeit in Arbeit zu verbessern. Die Übergangswahrscheinlichkeit von Frauen aus der Arbeitslosigkeit in Beschäftigung liegt ein Drittel niedriger als die der Männer.

Zur Zeit werden Frauen aus Dienstleistungen des Arbeitsamtes rausgedrängt. Zukünftig werden durch die Verkürzung des Arbeitslosengeldes und die Berechnung der Arbeitslosenhilfe nach Bedürftigkeit und verstärkte Anrechnung des (Familien)Vermögens auch weiter Frauen aus den passiven Leistungen gedrängt und damit sind sie erst Recht nicht im Leistungsbezug und bekommen keine Qualifizierungen/Beratungen.

Sind sie dem Arbeitsmarkt fern, durch zu langes Aussetzen (in den letzten 4 Jahren mindestens 6 Monate in Arbeit oder im Leistungsbezug) oder weil sie nach den Zumutbarkeitskriterien des Arbeitsamtes (Mobilität, zeitliche Flexibilität) oder aufgrund der Kinderbetreuung als nicht erwerbsfähig eingeschätzt werden, droht die Sozialhilfe.

Zur Zeit im Sozialhilfebezug stehenden Frauen bekommen keine Qualifizierungsmaßnahmen des Arbeitsamtes. Ein großer Teil der Frauen ist ohne Berufsausbildung. Ohne Ausbildung oder grundlegende Qualifizierung ist eine Arbeitsmarktintegration kaum möglich. Sie verbleiben in der Sozialhilfe.

Berufsrückkehrer die in in den Arbeitsmarkt wollen, bekommen auch keine Qualifizierung (s.o.). Ändern sich die familiären Bedingungen durch Scheidung kommen neue Sozialhilfeempfängerinnen dazu.

Durch die Einschätzung nicht 'erwerbsfähig' kommen noch weitere Sozialhilfeempfängerinnen auf die Kommune zu.

Durch all diese Auswirkungen wird der Haushalt der Stadt Kamen noch mehr belastet.

Die KFF ist gerade in dieser neuen Situation unverzichtbar, sie ...

- macht Zusammenhänge deutlich
- berät Frauen im Gesamtzusammenhang ihrer Lebensverhältnisse
- berät Frauen vor dem Hintergrund der gesamten Arbeitsmarktbedingungen, Sozialhilfeempfängerinnen, Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Frauen, Berufsrückkehrerinnen, Existenzgründerinnen, mit dem Ziel nachhaltiger Integration in die Erwerbstätigkeit
- knüpft Netzwerke (Ak Frauen und Weiterbildung, AK Migrantinnen, Gründerinnen-Stammtische)
- kooperiert mit allen für Arbeitsmarktfragen zuständigen Stellen (AA, Kammern, Weiterbildungsträgern, Schulen, Politik, Verwaltung,...)
- bringt aus der Sicht von Frauen problematische Entwicklungen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt auf die Tagesordnung
- entwickelt, regt an, gestaltet mit anderen zusammen Maßnahmen zur beruflichen Integration von Frauen

zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit,
zur Gründung einer eigenen Existenz,
zum Ausstieg aus der Sozialhilfe.

Mit freundlichen Grüßen



Anke Schneider
Fraktionsvorsitzende